

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1881

24.6.1881 (No. 149)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 24. Juni.

№ 149.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1881.

Deutschland.

Karlsruhe, 23. Juni. Die Höchsten Herrschaften trafen vorigen Sonntag, den 19. Juni, Abends acht Uhr, über Mannheim und Mainz in Koblenz ein. Ihre Majestät die Kaiserin Augusta, umgeben vom kaiserlichen Hofstaat, dem kommandirenden General, dem Oberpräsidenten, dem Kommandanten, dem Oberbürgermeister der Stadt und anderen hochgestellten Persönlichkeiten, empfing Allerhöchstherrn Verwandten am Bahnhof und geleitete dieselben in's königliche Schloß.

Montag, den 20. Juni, Vormittags 11 Uhr, brachte ein Extrazug die Kaiserin mit Ihren königlichen Hoheiten dem Großherzog und der Großherzogin, sowie Ihrer Großherzoglichen Hoheit der Prinzessin Viktoria nach Schloß Brühl. Gegen 1 Uhr trafen die hohen Reisenden dort ein; eine halbe Stunde später erfolgte die Ankunft Ihrer Majestäten des Königs und der Königin von Schweden und Norwegen. Die Kaiserin empfing die Schwedischen Majestäten am Bahnhof und geleitete sie zum königlichen Schloße, wo der Großherzog und die Großherzogin am Fuße der großen Treppe dieselben begrüßten, während Prinzessin Viktoria, umgeben von den Damen des Hofes, Höchstihren künftigen Schwiegereltern auf der Höhe der Treppe entgegen kam. Die Königin von Schweden, vom Großherzog geführt, eilte der Prinzessin Viktoria entgegen und Beide wußten in langer Umarmung von tiefer Bewegung ergriffen. Der König von Schweden, Ihre Majestät die Kaiserin führend, folgte dieser ersten Begrüßung seiner künftigen Schwiegertochter mit dem Ausdruck wärmster Empfindung.

Vor dem in einem der Säle des Schloßes stattfindenden Dejeuner, sowie nachher verweilten die Großherzoglichen Herrschaften mit den Schwedischen Majestäten im intimsten Verkehr. Um 4 Uhr Nachmittags kehrten der König und die Königin von Schweden nach Köln zurück, während die Kaiserin mit Allerhöchstherrn Verwandten mittelst Extrazuges über Koblenz nach Ems fuhr. Seine Majestät der Kaiser empfing die Ankommenden dort am Bahnhof und geleitete Allerhöchstherrn und Höchstihren nach der kaiserlichen Wohnung. Nach einem Aufenthalt von zwei Stunden kehrten die hohen Reisenden nach Koblenz zurück.

Dienstag den 21., Vormittags 11 Uhr, folgten der Großherzog, die Großherzogin und die Prinzessin Viktoria einer Einladung Seiner Majestät des Kaisers nach Ems. Auf dem dortigen Bahnhof wurden die Badischen Herrschaften von Seiner Majestät dem Kaiser und Seiner Majestät dem König von Schweden und Norwegen empfangen, auch hatte sich eine große Anzahl Schwedischer und Norwegischer Herren und Damen in der Halle des Bahnhofes versammelt, um die Prinzessin Viktoria zu begrüßen. König Oskar führte die Prinzessin am Arme und stellte Ihrer Großherzoglichen Hoheit die anwesenden Herren und Damen vor. Die Prinzessin wurde von einem wahren Blumenregen überschüttet und mit lautem freudigem Zuruf begrüßt. Die Herzlichkeit und Liebe, welche sich in diesem Empfange kundgaben, waren für die Prinzessin wie für ihre hohen Eltern tief ergreifend. Seine Majestät der Kaiser geleitete sodann die Badischen Herrschaften in seine Wohnung. Um 2 Uhr besuchten der Großherzog und die Großherzogin mit der Prinzessin Viktoria den König von

Schweden und verweilten längere Zeit bei Seiner Majestät. Später fand große Tafel bei Seiner Majestät dem Kaiser statt, wozu auch verschiedene Schwedische Herren befohlen waren. Die Großherzoglichen Herrschaften verließen gegen 5 Uhr Ems, nachdem sie von dem Kaiser und König Oskar bis zum Bahnhof begleitet worden waren, und trafen nach kurzer Fahrt bei Ihrer Majestät der Kaiserin in Koblenz ein. Unmittelbar nach ihrer Ankunft nahmen der Großherzog, die Großherzogin und Prinzessin Viktoria an dem von Ihrer Majestät der Kaiserin im Schloßgarten veranstalteten Gartenfeste Theil, zu welchem an 300 Einladungen ergangen waren.

Mittwoch den 22. Vormittags führte die Kaiserin ihre hohen Gäste durch die ganze Länge der Rheinanlagen und von da zum Genuß der ausgedehnten Rundfahrt auf eine Bastion des Forts Constantin. Nach dem Dejeuner besuchte die Großherzogin einige Wohlthätigkeitsanstalten, während Prinzessin Viktoria Schloß Stolzenfels besichtigte. Abends nach dem Diner traten die Großherzoglichen Herrschaften um halb 8 Uhr die Rückreise an und trafen in der Nacht in Karlsruhe ein. Ihre Majestät die Kaiserin gab Höchstihnen noch das Geleit bis zum Bahnhof, wo sich auch der kommandirende General, der Oberpräsident, der Kommandant, der Oberbürgermeister und viele Damen der Koblenzer Gesellschaft zur Verabschiedung eingefunden hatten. Kurz vor der Abfahrt traf auch noch König Oskar, von Ems kommend, auf dem Bahnhof in Koblenz ein, um die hohen Reisenden nochmals zu begrüßen.

Karlsruhe, 23. Juni. Seine königliche Hoheit der Großherzog hat heute Vormittag die Vorträge des Vorstandes des Geheimen Kabinetts, des Geheimraths Ellstätter und des Staatsministers Turban entgegengenommen und Nachmittags den Präsidenten Regenauer und den Major von Trestow empfangen.

β Berlin, 22. Juni. Der Reichskanzler hat jetzt dem Bundesrath den Vertrag mit Hamburg vorgelegt, und zwar mit folgendem Begleitschreiben:

Nachdem der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg sich hatte bereit finden lassen, in kommissarische Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Modalitäten eines etwaigen Zollanschlusses Hamburgs oder doch einer wesentlichen Einschränkung seines demaligen Freihafen-Gebiets einzutreten, ist nunmehr von den beiderseits ernannten Kommissarien eine Verständigung erzielt worden, welche in den anliegenden abgedruckten Protokollen vom 25. v. M. ihren Ausdruck gefunden hat. Nach den getroffenen Vereinbarungen soll insbesondere das gesammte hamburgische Staatsgebiet, mit Ausnahme eines dauernd außerhalb der Zollgrenze zu belassenden kleinen Freihafen-Gebiets, innerhalb dessen Handel und Exportindustrie auch ferner ohne jede Zollkontrolle betrieben werden dürfen, in das Zollgebiet einberleibt werden, die Zoll- und Steuerverwaltung im hamburgischen Staatsgebiet mit geringen Ausnahmen den hamburgischen Staatsbehörden zustehen und darauf Bedacht genommen werden, die geltenden zollgesetzlichen Bestimmungen den Bedürfnissen des Hamburgischen Handels thunlichst anzupassen. Außerdem sollen den in dem anzuschließenden Gebiet verbleibenden Exportindustrien während eines längeren Zeitraums besondere Steuerbegünstigungen zu Theil werden. Zu den Kosten, welche der Zollabschluß des künftigen Freihafen-Gebiets und die Herstellung der erforderlichen Neuanlagen verursachen werden, ist, außer der Ueberlassung des Ertrages der zu erhebenden Nachsteuer, eine Subvention aus Reichsmitteln in Höhe der Hälfte der Kosten, jedoch bis zum

Maximalbetrage von 40 Millionen Mark in Aussicht genommen und zur Ausführung der Bauten eine Frist bis zum 1. Oktober 1888 gelassen worden, nach deren Ablauf der Bundesrath mit der Ausführung des Zollanschlusses vorgehen würde. Nachdem diese Vereinbarung die vorbehaltenen Zustimmung des Unterzeichneten und des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg gefunden hat, beehrt sich der Unterzeichnete, die Genehmigung des Bundesraths zu derselben gemäß der Vereinbarung unter Nr. 10 des Hauptprotokolls ganz ergebenst in Antrag zu bringen. In der getroffenen Vereinbarung, durch welche das Reich das im Artikel 33 der Reichsverfassung vorgezeichnete Ziel der Einheit des Zoll- und Handelsgebiets nahezu erreichen wird, ist gesucht worden, die Frage der Freihafen-Stellung Hamburgs im Sinne der Reichsverfassung und in einer den allgemeinen Interessen des Reichs wie den besonderen Interessen Hamburgs entsprechenden Weise zum endgiltigen Abschluß zu bringen. Indem dem berechtigten Anspruch des Zollinlandes auf freien Verkehr in sich und mit seinem hervorragenden Seehandels-Platz Erfüllung gesichert wird, gelangen die beengenden Schranken zur Beseitigung, welche dem Verkehr des Zollinlandes mit den überseeischen Ländern dormalen entgegenstehen, und es gewinnt das Reich damit eine wesentlich erweiterte Grundlage zur Entfaltung seiner Kräfte auf vielen und bedeutamen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens. Zugleich aber wird, insbesondere durch die dauernde Belassung eines ausreichend bemessenen Freihafengebietes und den finanziellen Beistand des Reichs bei einer zweckentsprechenden Ausstattung desselben, für eine nicht minder im Gesamtinteresse des Reichs als im besondern Interesse Hamburgs liegende geübliche Fortentwicklung des hamburgischen Handels Sorge getragen und damit die Befürchtung, daß die Aenderung des bisherigen Verhältnisses den Handel der Hansestadt schädigen würde, ausgeschlossen. Ein wirksamer Zollabschluß des künftigen Freihafengebietes und die Herstellung von Anlagen und Vorsehrungen, welche den Anforderungen des hamburgischen Weltverkehrs für die Dauer Genüge leisten, werden Kosten verursachen, welche in ihrer Gesamthöhe zwar noch nicht zu überschlagen sind, jedenfalls aber mit einer sehr beträchtlichen Summe abschließen werden. Daß diese Kosten nicht ausschließlich von Hamburg, sondern theilhaft auch vom Reich getragen werden, rechtfertigt sich schon durch das konkurrierende erhebliche Interesse des Reichs an der befriedigenden Erledigung der Angelegenheit. Wenn bei der Bemessung der vom Reich zu gewährenden Subvention die Interessen Hamburgs und der Gesamtheit prinzipiell als gleichwerthig anzusehen sind, so entzieht sich dieser Maßstab zwar jeder rechnungsmäßigen Abwägung, da die wirtschaftlichen Vortheile des Zollanschlusses in der Zukunft liegen und erst allmählig in die Erscheinung treten können. Der Unterzeichnete hofft aber seine Ueberzeugung dahin getheilt zu sehen, daß die Begünstigung, welche dem heimischen Verkehrsleben durch den Eintritt Hamburgs in das gemeinschaftliche Zoll- und Handelsgebiet zu Theil wird, jenes finanzielle Opfer in reichem Maße aufwiegen wird, und daß die veränderte Stellung, welche Hamburg im heimischen wie im Weltverkehr entgegengeführt werden soll, nicht minder zu Hamburg's Blüthe als zum Nutzen des übrigen Deutschlands ausschlagen werde. Dadurch, daß die Subvention des Reichs mit dem Höchstbetrage von 40 Millionen Mark begrenzt und dem Reich zugleich eine Mitwirkung bei der Aufstellung des Generalplans nebst General-Kostenanschlag gesichert ist, sind die finanziell erforderlichen Garantien gegen eine übermäßige und sachlich nicht gebotene Inanspruchnahme von Reichsmitteln gegeben. Der Unterzeichnete beehrt sich hiernach ganz ergebenst zu beantragen, der Bundesrath wolle beschließen, die Vereinbarung vom 25. Mai d. J. betreffend den Anschluß Hamburgs an das Zollgebiet zu genehmigen.

Berlin, 22. Juni. Dem Bundesrath ist der Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen, betreffend die Haftung der Brandversicherungsgelder für die Ansprüche bevorrechteter Gläubiger, unter dem Datum des 20. d.

Albanien. *)

(Schluß.)

Der albanische Volksstamm wohnt nicht bloß im eigentlichen Albanien und anderwärts fällt er das eigentliche Albanien nicht vollständig aus. In vielen Gegenden des Landes und namentlich in den Grenzstrichen gibt es eine nicht-albanische Bevölkerung, und die Albanen ihrerseits haben die Grenze Albanien's an vielen Stellen, am weitesten dort überschritten, wo die Ebene im nordöstlichen Winkel des Landes den Schließ von dem Schargebirge trennt. Hier wohnen sie nicht bloß auf beiden Seiten des Schar, sondern sie sind fast im ganzen Westen des südwestlichen Serbiens zu finden, und stellenweise haben sie sogar den Raum ihrer nördlichen Grenzgebirge überschritten, wie denn beispielsweise in den Bezirken Kalaschin an der Tara, Gusinje und Plawa an den Ufern des oberen Ibar bei Kofhaj, dann in den Distrikten von Suhrdol eine ganze Reihe albanischer Kolonien zwischen die slavische Bevölkerung eingestreut ist. Albanen wohnen überhaupt im ganzen südlichen Theil Sandchaks Novibazar. Auch in Oesterreich haben wir drei albanische Ansiedlungen. Albanen bewohnen in Syrien an der Save die Dörfer (bei Mitrowitz) Ninzinge und Perwage; sie gehören dem Stamm der Klementi an, der noch heute die Erinnerung an diese Auswanderung festhält, welche im Jahr 1739 unter der Führung der Patriarchen Xenienus IV. in Gemeinschaft mit 40,000 serbischen Familien sich vollzog. Die zweite albanische Kolonie hat sich in Freybo, einer Vorstadt Zara's, der Hauptstadt von Dalmatien, etabliert; sie wurde von 27 albanischen Familien gegründet, die sich vor den Verfolgungen Mahmud's Begowitz nach Perate in den Bocche di Cattaro geflüchtet hatten und im Jahre 1726 nach Zara überfuhren, wo sie bis zur Stärke von 1000 Köpfen angewachsen

sind. Die dritte Kolonie, 300 Seelen zählend, existirt in Afrika, 1½ Stunden nordwestlich von Pola, und bildet das Dorf Baroj (albanisch das Thal); von ihr weiß man nur, daß die Republik Venedig durch ein vom 26. Nov. 1657 datirtes Dokument 10 albanische Familien, welche zusammen 77 Köpfe stark und unter der Führung des Milo Draßkowiß dem türkischen Joche entflohen waren, das Territorium von Peroj verlieh; sie haben die albanische Tracht und Sprache vollständig beibehalten und sind Befenner der griechischen Kirche. Weit bedeutender sind die albanischen Ansiedlungen im Königreich Griechenland. Aetolien, Akarnanien, Lalonien und Messenien ausgenommen, finden wir Albanen in allen Provinzen des Königreichs, nicht bloß auf dem Festland, sondern auch im Peloponnes. In Bötien, Attika, Megara und Argolis bilden sie weitaus die Mehrzahl der Bevölkerung, sie haben fast das ganze südliche Euböa und den nördlichen Theil der Insel Andros inne, die Inseln Hydra, Spezzia, Paros und Salamis werden ausschließlich von ihnen bewohnt. Nach beiläufiger Schätzung leben im Königreich Griechenland 200,000 Albanen — die Zeit ihrer Einwanderung fällt schon in das 14. und 15. Jahrhundert — und bilden also den fünften Theil der Gesamtbevölkerung.

Wie das Verhältnis der Konfessionen unter der albanischen Bevölkerung sich stellt, ist nicht genau ermittelt: man weiß mit Sicherheit nur, daß die 200,000 Albanen im Königreich Griechenland sämtlich griechischer Religion, die 90,000 Albanen in Südbalkanien sämtlich katholisch sind. Von denen, die, etwas über 1 Million stark, auf türkischem Boden wohnen, dürften 800,000 Mohammedaner, 120,000 Katholiken und 90,000 Griechisch-Orthodoxe sein.

In der vor-osmanischen Zeit waren die Albanen selbstständig sämtlich Christen, und zwar gehörten sie der griechischen Kirche an. Unter den Osmanen verbreitete sich indes im 13. Jahr-

hundert der Katholizismus; die Töskten blieben der alten Kirche treu. Nach der Invasion der Türken fand überall der Islam Eingang, aber das Volk wechselte seinen Glauben mit der zähen Bögern, die überhaupt keine charakteristische Eigenart bildet. Der türkische Albaner weiß ganz genau, daß seine Vorfahren Christen waren, und er vermag sogar meist die Zeit der Konversion nach Geschlechtern zu bestimmen, denn die Befehle fanden in Massen statt und der Beweggrund war immer der, daß sich der Konvertit dem Druck der osmanischen Bega zu entziehen und sich das Erbe seiner Väter zu erhalten suchte. Daher kommt es, daß wohl der Islam verbreitet ist soweit die albanische Sprache erklingt, daß er aber nirgends so kompakt auftritt, daß er aller christlichen Elemente baar wäre. Nur in sehr wenigen größeren Theilen des Landes — so in der Landschaft Kurwelisch, in dem Thal des oberen Arsen mit den dazu gehörigen Gebirgen und in der Landschaft Matija — leben ausschließlich Mohammedaner. Dagegen gibt es wieder große Landstriche, die ausschließlich von Christen bewohnt werden: es gehört dazu das ganze griechische Sprachterritorium Südbalkanien's, wo sich namentlich die gesammte Landbevölkerung zur griechischen Kirche bekennt. Nur in den Hauptorten Janina, Orta und Prevesa gibt es Mohammedaner, die sich um einige reich begüterte, aber stark verschuldete Geschlechter gruppieren. Im südbalkanischen Küstenreich Chimara leben ausschließlich griechische Albanen, die sich früher einer durch großherliche Herrmans vertrieben Unabhängigkeit von den türkischen Behörden erfreuten und nur zur Heeresfolge verpflichtet waren. Dasselbe gilt auch von den Bergstrichen der berühmten Enfi, deren Bewohner bis zu Anfang dieses Jahrhunderts ganz in demselben Verhältnis zur Florie standen, wie noch vor wenigen Jahrzehnten die Montenegroer. Im Norden Albanien's finden wir den katholischen Kriegerstamm der Miribiten, die sich von jeder mohamedanischen Vermischung frei erhalten haben, weil nach

*) Nachdruck verboten.

zugegangen. Es ist die erste Sache, welche die Unterschrift trägt: „Der Stellvertreter des Reichskanzlers v. Bötticher.“ Der Entwurf selbst umfaßt sechs Paragraphen. Er ist von dem Landesausschusse in Vorschlag gebracht und bezweckt in erster Linie, in die in Elsaß-Lothringen bestehende Gesetzgebung im Interesse des Realcredits den Grundsatz einzuführen, daß im Falle des Brandes eines Gebäudes die Versicherungsgelder den Realgläubigern dinglich verhaftet sind. Der Entwurf hat in der Justizkommission des Landesausschusses eine erweiterte Bestimmung in dem letzten Paragraphen erhalten und ist in dieser Fassung von dem Landesausschusse angenommen worden. Der Zusatz verfolgt den weiteren Zweck, die Verwendung der Brandversicherungsgelder zum Wiederaufbau, welcher zugleich im Interesse der Realgläubiger liegt, sicher zu stellen. — Die Verordnung wegen des deutschen Volkswirtschafts-Raths ist bekanntlich im Bundesrathe bereits genehmigt gewesen, als die Einstellung eines Postens für die Zahlung von Diäten an die Mitglieder in den Reichshaushalts-Gesetz vom Reichstage abgelehnt wurde. Es ist nicht zu erwarten — wird der „Nöln. Ztg.“ geschrieben wird —, daß in Folge dieses Beschlusses nun auch die Einrichtung selbst nicht in's Leben treten sollte. Es schweben jetzt unter den Regierungen Verhandlungen darüber, welche bezwecken, die einzelnen Bundesstaaten, welche Vertreter in den Volkswirtschafts-Rath senden, zu veranlassen, selbst Diäten zu zahlen. Für die preussischen Mitglieder sind die Mittel dazu bekanntlich bereits bewilligt. Aus dem Dispositions-Fonds des Reichs sollen diese Mittel keinesfalls entnommen werden. Hiernach scheint eine allerdings früher ausgesprochene und besprochene Absicht entgegengesetzter Richtung jetzt aufgegeben zu sein. — Die Reichstags-Beschlüsse über das Arbeiter-Unfallversicherungs-Gesetz werden dem Bundesrathe schon in seiner nächsten Sitzung beschickt. — Seit Montag befinden sich die Mitglieder des Bundesraths, Dr. v. Liebe, Schmidtzon, General-Steuerdirektor Hasselbach und der Geh. Ober-Finanzrath Jähnigen, in Hamburg, von wo sie sich gestern zu Untersuchungen über den Anschluß der Unter-Elbe bezüglich der projektirten Zolllinie nach Cuxhaven begeben haben. Nach der Rückkehr der Herren nach Berlin werden die Verhandlungen rasch gefördert und zu Ende geführt werden.

Berlin, 23. Juni. (Tel.) Gegenüber der Bemerkung der „Germania“, die Ernennung Gopler's biete dem Reichskanzler und dem neuen Kultusminister eine fruchtbare Gelegenheit, mit Leichtigkeit die Stockungen und Schwierigkeiten zu lösen, sagt die „Nordd. Allg. Ztg.“: „Der Reichskanzler nahm sich in seiner Eigenschaft als preussischer Minister des Kulturkampfes zuletzt gelegentlich der kirchenpolitischen Vorlage des vorigen Jahres an, weil er glaubte, die Annahme dieses Gesetzes werde den Frieden Preußens mit der Kurie anbahnen. Nachdem dieser entgegenkommende Versuch durch das Bündniß des Centrums mit den Liberalen zurückgewiesen worden, überließ der Reichskanzler diese Frage lediglich dem Ressort des preussischen Kultusministers und wird dies auch gegenwärtig um so mehr thun, als sein Gesundheitszustand ihm jede Theilnahme an den Geschäften verbietet, er aber auch, wenn er gesund wäre, schwerlich Lust haben würde, neuerdings Versöhnungsversuche zu machen, bei denen er sich einer Koalition des Centrums mit den Liberalen gegenüber befinden würde.“ Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt ferner: „Mehrere Blätter melden die Ernennung Schliekmann's, Wolff's, Tiedemann's und Lohmann's zu verschiedenen Aemtern. Die Nachricht entbehrt bisher der Begründung. Zwei dieser angeblichen Ernennungen waren niemals in Aussicht genommen, die beiden andern befinden sich noch im Stadium der vorbereitenden Besprechungen.“

Berlin, 22. Juni. In einem Artikel, überschrieben altem Herkommen jeder Wirt, der zum Islam übertrat, das Land verlassen mußte. Endlich wird im Paschalik Statuti der päpstliche Hochgebirgsdistrikt Pulati ausschließlich von katholischen Albanesen bewohnt.

Eine höchst bemerkenswerthe Erscheinung sind die heimlichen Christen in der Landschaft Schipat bei Berat. Schipat wird von einem streitbaren Völkchen bewohnt, welches nur sehr selten einem Türken gestattet, seine Dörfer zu betreten. In seinen Kirchen und Kapellen hält regelmäßig ein in Berat lebender griechischer Geistlicher den Gottesdienst ab; um jedoch der Kopfsteuer und anderen Lasten zu entgehen, haben die Einwohner seit unendlichen Zeiten türkische Namen angenommen und bei den türkischen Behörden gelten sie als Muhamedaner. Solche geheime Christen gibt es im mittleren Albanien und im Paschalik Statuti nicht, aber im Paschalik Priskrend leben, im Bezirk Silan, nicht weniger als 14,000 Krypto-Katholiken.

Im südlichen Albanien und in den anstößenden Theilen Mittel-albanien sind nirgends Katholiken zu finden, aber in den nördlichen Theilen desselben und im Paschalik Statuti ist das gesammte christliche Element katholisch. Im östlichen Theil von Nordalbanien, im Vilajet Kosowo, wohnen griechische und katholische Christen — 15,000 Katholiken und 1500 Griechen — durch- und neben einander. G. W.

Kleine Zeitung.

Der Musikverein zu Bruchsal hat auf Sonntag den 26. d. M. Nachmittags 5 Uhr in der Schloßkirche daselbst die Aufführung des von Hrn. E. Christmann aus Forzheim komponirten Requiem festgesetzt. Es werden etwa 100 Sänger und Sänginnen und 60 Musiker mitwirken; die Direktion übernimmt der Komponist selbst. Vom Vorstand des Vereins wird im Hinblick auf den hohen musikalischen Werth und den edlen, ernsten und religiösen Charakter dieses wahrhaft großartigen Tonwerkes die Bitte um zahlreichem Besuch dieser Aufführung ausgesprochen, welche mit Aufbietung aller Kräfte und Heranziehung auswärtiger Künstler in's Werk gesetzt wird. — Die Hauptprobe findet am Samstag Abend 6 Uhr, ebenfalls in der Schloßkirche, statt.

„Wirkliche Sorge für das Wohl der Arbeiter“, sagt die „Provinzial-Korrespondenz“: „Der Reichstag habe der Unfallversicherungs-Vorlage eine Gestalt gegeben, welche die Verwirklichung der ursprünglichen Absichten in Frage stelle. Wenn der Reichstag auf sozialistischem Gebiete etwas geleistet hat, so ist es die Thatsache, daß er durch seine Verhandlungen Allen zum Bewußtsein gebracht hat, daß für die Zukunft in erster Linie als hervorragendste Aufgabe bestehen bleibt die positive heilende Wirksamkeit, um die Lage der Arbeiter in wirksamer Weise zu verbessern und so auch das Wohl des Staates in nachdrücklicher Weise zu fördern. — An anderer Stelle bemerkt die „Provinzial-Korrespondenz“ bezüglich der dritten Lesung der Unfallvorlage: Das Gesetz wurde somit in einer Weise umgestaltet, welche den ursprünglichen Absichten und auch den in dritter Lesung geäußerten Wünschen der Reichsregierung nicht entspricht. Der Bundesrath wird demnach darüber in Berathung treten, ob dasselbe in Hoffnung auf spätere Ergänzung annehmbar ist oder ob dem zukünftigen Reichstage die Aufgabe bleiben soll, den ganzen Gegenstand noch einmal von Grund aus zu prüfen und von Neuem zu beraten.“

Neuwied, 22. Juni. Bei der heutigen Erziehung zum Abgeordnetenhaus wurde Landgerichts-Rath Silbray (Centrum) mit 226 Stimmen wiedergewählt, der Gegenkandidat Gymnasiallehrer Dr. Kraß (national-liberal) erhielt 164 Stimmen.

K. Aus dem Reichslande, 22. Juni. Die Nichtbestätigung des liberalen Geistlichen, welchen das Direktorium der protestantischen Kirche Augsburgischer Konfession bei der Besetzung der Pfarrstelle zu Hatten in Vorschlag gebracht hatte, von Seiten des kaiserlichen Statthalters hatte eine lebhafteste Agitation zur Folge, welche sich in einer Adresse an Hrn. v. Manteuffel, die um Abänderung seines Beschlusses bittet, äußerte. Derselben war ein Schreiben der Hrn. Professor Dr. Cunis und Dr. Bödel, Mitglieder des Oberkonsistoriums zu Straßburg, beigegeben, welches sowohl aus der Praxis der zahlreichen seit Anfang dieses Jahrhunderts bestehenden französischen Regierungen, wie aus päpstlichen Erlassen und ministeriellen Erklärungen nachzuweisen versucht, daß das Bestätigungsrecht des Staates kein unbedingtes und unverantwortliches ist. Den Verfassern wurde unter Mißbilligung ihres Schrittes vom kaiserlichen Statthalter aus Karlsbad mitgetheilt, daß die thatfächlichen Voraussetzungen der Adresse, daß nämlich der Entschluß des Statthalters dogmatische Gründe und die kirchliche Richtung des betreffenden Geistlichen zu Grunde lagen, auf Irrthum beruhten und somit eine Aenderung der getroffenen Entscheidung zu bewirken nicht in der Lage wären. Bezüglich der staatsrechtlichen Bedenken wurden sie auf den Ressortweg verwiesen.

Gestern Morgen halb 9 Uhr fand die Besichtigung des Großherzoglich Badischen Pionierbataillons Nr. 14 und heute Morgen die des Königlich Preussischen Pionierbataillons Nr. 15 durch den Ingenieurinspekteur General-major Crüger statt. Zuerst erfolgte die Besichtigung der einzelnen Kompagnien, an die sich dann ein Gefechtsexercice und das Exercieren im Bataillon sowie Parade-marsch angeschlossen. In wenigen Tagen werden die genannten Bataillone auch von dem Generalinspekteur der Festungen und der Pioniere, Chef des Ingenieurcorps, Generalleutnant v. Biehler, besichtigt werden, welcher gegenwärtig zu dem gleichen Zwecke in Metz weilt.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 22. Juni. Der Kaiser hat folgende Ergänzung der organischen Bestimmungen für den Generalstab anbefohlen: An der Spitze des Generalstabs steht ein höherer General mit dem Titel „Chef des Generalstabes“; er ist der Generalstabschef für die gesammte bewaffnete Macht, steht persönlich unter den unmittelbaren Befehlen des Kaisers, ist zugleich Hilfsorgan des Kriegsministers, richtet seine Anträge an diesen, ist jedoch auch befugt, über wichtige in sein Ressort gehörige Angelegenheiten durch den Kriegsminister an den Kaiser Vorträge zu erstatten und Anträge zu stellen.

Wien, 22. Juni. In der todtten Saison werden die unglücklichsten Dinge aufgetischt. Da erzählen die Blätter heute alles Entsetzliche, der Chef der montenegrinischen Regierung befindet sich in Wien — in Wien ist er wirklich — gewissermaßen ad audiendum verbum regium, er sei hierher begeben, um sich sagen zu lassen, daß es als höchst unpassend erscheine, daß der Fürst von Montenegro (wie es wirklich geschehen) die Bochesen auffordere, sich der österreichischen Militärpflicht zu fügen etc. Es bedarf wohl kaum ernstlich der Versicherung, daß die österreichische Regierung den leitenden Minister, selbst des kleinsten unabhängigen Staates, nicht nach Wien bescheidet, um ihm einen regelrechten Verweis zu erteilen, und es versteht sich von selbst, daß dieser Minister einem derartigen „Ruf“ auch nicht Folge geleistet haben würde. Ich füge nur hinzu, daß Radonic einfach deshalb in Wien ist, um eine Anleihe zu negociiren.

Die Hoffnungen, welche die gestrige vorübergehende Besserung im Befinden des Herzogs von Koburg geweckt, scheinen sich als trügerisch zu erweisen. Die Athemnoth hat wieder zugenommen und die Kräfte sinken mehr und mehr.

Wien, 22. Juni. Der Chef der montenegrinischen Regierung, Stanko Radonic, traf hier ein, um ein Anleihen für Montenegro abzuschließen. Ein Telegramm der „N. Fr. Pr.“ aus Arta besagt: Die Stimmung der hiesigen Bewohner ist sehr gebückt. Viele mahomedanische und selbst griechische Familien, welche die Militärpflicht für ihre Söhne fürchten, flüchten nach Nordalbanien. Nur die wehrfähigen Mahomedaner bleiben zurück, da sie auf einen bewaffneten Widerstand hoffen. Die friedliche Uebergabe wird nur von der Haltung der türkischen

Truppen abhängen. Die Albanesen wollten vorgestern Arta in Brand stecken, das Komplot wurde jedoch rechtzeitig entdeckt und mehrere Soldaten albanesischer Nationalität wurden verhaftet. Die Arbeiten an den Befestigungen werden auch hier eifrig fortgesetzt. In Arta und Preveza stehen zusammen 20 Bataillone und 74 Geschütze, in Summa 15,000 Mann; außerdem befinden sich an diesen beiden Orten 115 Festungsgeschütze. Eine offizielle Bestätigung dieser Nachrichten fehlt zur Stunde.

Wien, 22. Juni. Der Aufenthalt des montenegrinischen Ministers des Aeußern, Hrn. Radonic, in hiesiger Stadt dürfte, wie die „Pol. Kor.“ erfährt, noch 10—15 Tage in Anspruch nehmen. Hr. Radonic wartet hier die Fixirung des Zeitpunktes für die Rückkehr der Fürstin Milena aus St. Petersburg ab, um derselben eventuell, falls sie sich nicht etwa entschließt, vorher eine Badereise anzutreten, das Geleit nach Montenegro zu geben.

Italien.

Rom, 21. Juni. Die Anfragen Billia's, Nicotera's und Bovio's über die Marseller Vorgänge beantwortend, theilte Mancini mit: Die offiziellen Berichte betonen die Bemühungen der Behörden und des italienischen Konsuls zur Herstellung der Ruhe; er erwähnte ferner, der französische Minister des Aeußern habe dem Botschafter Italiens erklärt, es interessire ihn ebenso sehr wie Italien, die Unruhen zu beendigen, weil in Marseille 50,000 Italiener leben. Mancini glaubt, es werde gelingen, die Gemüther auszuföhnen, wenn beiderseits öffentliche Demonstrationen unterdrückt werden. Die Beziehungen beider Regierungen seien wohlwollende und von verfühnlischen Intentionen geleitet; dies beweise, daß Frankreich sich bereit erkläre, sofort in die Handelsvertrags-Verhandlungen einzutreten.

Rom, 22. Juni. In der Kammer erklärte Depretis, verschiedene Anfragen beantwortend, den kirchlichen Demonstrationen in Marseille wurde mit gesetzlichen Mitteln begegnet; kein ernstlicher Fall sei vorgekommen, der die guten Beziehungen mit Frankreich stören könnte, er behalte sich die Beurtheilung des Vorgehens der Behörden bis die Details vorliegen vor, halte indessen das Verhalten der Behörden für unerwünschenswert. Ein Beweis hierfür sei das Schreiben des französischen Konsuls an den Präfecten von Neapel, worin er für die Unterdrückung der Demonstration und die Verhinderung jeder Unordnung danke, welche das Konsulat verlegen könnte. Das Ministerium wies den Präfecten an, alle Demonstrationen hintan zu halten, welche die guten Beziehungen Italiens zu den Mächten compromittiren könnten; das Ministerium werde unerbittlich gegen Jedermann sein, der die öffentliche Ordnung störe. Die Interpellanten nahmen von der Erklärung Kenntniß und sprachen die Hoffnung aus, daß die Nachbarstaaten, die stets großmüthig waren, denselben Weg wie die italienische Regierung einschlagen werden.

Rom, 22. Juni. Die Kammer nahm mit 212 gegen 131 Stimmen den Antrag Ercole an, wonach die Spezialdebatte über den das Lizenstratium betreffenden Artikel der Wahlförm suspendirt wird, um dasselbe zum Gegenstande eines Spezialgesetzes zu machen. Depretis erklärte, die Minister würden sich der Abstimmung enthalten. — Eine bulgarisch-katholische Deputation, bestehend aus einem Bischof und acht Notabeln, ist hier eingetroffen und wurde von dem Vertreter des Slavensomite's empfangen.

Frankreich.

Paris, 22. Juni. Der „Temps“ meldet aus Tunis, daß der Intendant des Bey mit Werthfachen flüchtete. Im britischen Konsulat verlange der Bey die Rückstattung der ihm entwendeten Summe von einer Million und Rechnungslegung mehrerer Jahre.

Marseille, 22. Juni. Die Zustände in der Stadt waren bis Mitternacht im Ganzen befriedigend. Truppen hielten besetzt und überwachten noch die Hauptpunkte der Stadt. In der gestern Abend stattgehabten Versammlung der Syndikatskammern waren 64 Delegirte anwesend. Dieselben verfaßten eine Proklamation, in welcher Drohungen und Gewaltthatigkeiten gemißbilligt werden und erklärt wird, daß die Urheber der Unruhen keiner Korporation angehörten. Es wird ferner eine Untersuchung verlangt und werden die Arbeiter aufgefordert, ruhig zu bleiben. Diesen Nachmittags 2 Uhr wurden zwei Opfer der Schlägereien, Bouville und Cervin, zugleich beerdigt. Vor Cervin's Sarge wurde die Fahne der provencalischen Touristen, deren Mitglied er war, getragen und die Musik dieses Vereins spielte. Der Maire nebst Beigeordneten und Gemeinderäthen trugen die Pispel des Leichentuches, die Genbarmerie bildete die Hede. Die Volksmenge verhielt sich ruhig. Verschiedene Punkte der Stadt sind noch militärisch besetzt. Eine große Anzahl der Italiener kehrt mit den Paketbooten nach Italien heim.

Großbritannien.

London, 21. Juni. Im Oberhause erklärte Granville, indem er auf eine Anfrage Lord Camperdown's antwortete, Folgendes: Lascelles, der britische Vertreter in Sofia, genießt das Vertrauen beider (bulgarischen) Parteien; er gab stets die verfühnllichsten Rathschläge, aber obwohl er die Anwendung von Gewalt verabscheut, glaubt er doch, daß die Verfassung absolut einer Revision bedarf; er glaubt, Bulgarien sollte so viel als möglich sich selbst überlassen bleiben, aber es sei aus Gerechtigkeit gegen gewisse Minoritäten nötig, daß England und andere Mächte eine gewisse Pression üben. Die Regierung sei von der Proklamation des Fürsten überrascht. Anlässlich der Wahlen könne Fürst und Volk darüber urtheilen, ob eine Wiederbelebend der Verfassung möglich sei. Europa habe das Recht, vom Fürsten eine Politik der Mäßigung zu erwarten, die hoffentlich zu einem befriedigenden Kompromiß führen werde. Er, der Minister, habe noch nicht

volle Erklärung einiger Schritte, aber es sei klar, daß, ehe der Fürst einen endgiltigen Schritt thue, der das Land in Anarchie und Verwickelungen mit mächtigen Nachbarn stürzen kann, er Alles versuchen sollte, zu einem befriedigenden Arrangement mit der Nationalversammlung zu kommen. Andererseits scheint es Wahrscheinlichkeit zu sein, nicht zu versuchen, zu einem friedlichen Arrangement zu kommen und nicht in Verbesserungen und Reformen zu willigen, welche die Freiheit nicht opfern und auch die Gerechtigkeit allen Klassen sichern. Im Laufe der Debatte über Tunis erklärte Granville, es sei ihm nicht bekannt, daß Englands Vertreter das Recht des Zutritts zum Bey habe, allein wenn er das Recht besäße, so habe Niemand dasselbe bestritten. Salisbury erklärte, Frankreichs Verlangen, daß Niemand zum Bey Zutritt haben solle außer durch den französischen Minister, gehe weiter als zu billigen sei, aber er müsse der Regierung die Verantwortlichkeit überlassen und seine Ansicht darüber sich für später vorbehalten. Tripolis sei ein Theil des ottomanischen Reiches und stehe unter der ottomanischen Regierung.

London, 22. Juni. Sackville West, der an Stelle Thorntons neuernannte englische Gesandte in Washington, wird die Vorstellungen der englischen Regierung über die anstehenden Artikel jenseitiger Zeitungen in Amerika übernehmen. Besonders namhaft gemacht werden zwei Artikel; der erste hat die Ueberschrift: „Die letzte Reise des Prinzen von Wales nach dem Continente“, und bespricht das Verfahren, mittelst dessen sich ein ungefracht zu vollbringendes Eisenbahn-Unglück herbeiführen ließe; der zweite ist eine Darstellung eines Prozesses gegen Gladstone, wobei dieser zum Tode verurtheilt wird, welches Urtheil durch vier Senblinge zu vollstrecken ist.

Rußland.

St. Petersburg, 22. Juni. Das „Journal de St. Petersburg“ wendet sich gegen die „Daily News“ und sagt: Die „Daily News“ habe sich früher durch gewisse Mäßigung, Takt und politisches Verständniß ausgezeichnet, scheine alle diese Eigenschaften jedoch verloren zu haben; anstatt die Leidenschaften zu befähigen und den Frieden zu fördern, suche „Daily News“ nun Komplikationen herbeizuführen und bringe mit verstellter Leichtgläubigkeit alarmirende Nachrichten über die russische Politik in Centralasien aus Wien und Berlin trotz der Dementis seines hiesigen Korrespondenten. Der Leitartikel der „Daily News“ vom 17. Juni über die bulgarische Angelegenheit verdiene die strengsten Vorwürfe; das sei Aufreizung zur Revolte, zum Bürgerkrieg, zu der Auflösung des Orients. Das Petersburger Journal zitiert weiter die Depesche der „Daily News“ aus Berlin vom 16. Juni, welche behauptet, daß man in Berlin in den offiziellen Kreisen überzeugt sei, Rußland wolle sich um jeden Preis des Fürsten Alexander entledigen. Das Journal bemerkt dazu, das sei mehr als eine geschmacklose Erfindung; die Regierung habe loyal durch eine kategorische offizielle Note im „Regierungsanzeiger“ den von bulgarischen Völkern einzuschlagenden Weg vorgezeichnet, namentlich das Zusammengehen mit seinem Fürsten. Man thue, als ob man die Existenz dieser kategorischen Manifestation vergessen habe, und bemühe sich, glauben zu machen, der Fürst Alexander sei verlassen und seinen anarchischen Widersachern preisgegeben. Diese unwürdigen Mäandere könnten nur beweisen, daß jene Widersacher ihre Sache für verloren hielten.

St. Petersburg, 22. Juni. Ein im „Regierungsboten“ veröffentlichter kaiserlicher Ukas ordnet die Aufhebung des Anfang März 1864 gegründeten Komite's in Sachen des Königreichs Polen an und befiehlt, die Akten des Komite's dem Ministerkomitee zu übergeben und die Beamten des aufgehobenen Komite's zur Kanzlei des Ministerkomitee's zuzuzählen.

Odesa, 22. Juni. Der Botschafter Nowikow ist aus Konstantinopel hier eingetroffen und reiste nach Nikolajew weiter.

Orient.

Bukarest, 22. Juni. Im Senate theilte Joan Bratiano, in der Kammer Rosetti die Zusammenfassung des neuen Kabinet's mit, erklärend, das Ministerium sei hinlänglich bekannt und brauche demnach kein Programm vorzulegen. Dessen Homogenität sei eine Garantie für die Fortsetzung des begonnenen Werkes. In der Kammer verlangte Joneacu eine parlamentarische Enquete über die Thatsachen, welche ein Tadelvotum gegen den General Stancescu veranlaßt haben. Rosetti erwiderte, der ehemalige Kriegsminister habe bereits an den Ministerrath ein diesbezügliches Gesuch gerichtet. Die Enquetekommission wäre vom Senate zu wählen, wo der Zwischenfall stattfand. Die Kammer wählte mit 61 gegen eine Stimme Demeter Bratiano zum Präsidenten. Sieben Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung.

Eine der „Pol. Corr.“ aus Sofia von guter Seite zugehende Mittheilung bestätigt neuerdings, daß General Grenoth fest entschlossen ist, seine Ministerposteseinzelnes unmittelbar nach Schluß der großen Nationalversammlung in Sifto niederzulegen und Bulgarien zu verlassen. Als sein Nachfolger wird auch uns General Krylow (Russe) genannt, welcher sich jedoch in die Entscheidung vorbehält, bis das Resultat der Nationalversammlung bekannt ist. — Fürst Alexander ist von den auf seiner Inspektionsreise empfangenen Eindrücken sehr befriedigt, und im Gegensatz zu den Meinungen mancher Blätter gilt es in gut unterrichteten bulgarischen Kreisen bereits als nahezu gesichert, daß die Nationalversammlung die vom Fürsten aufgestellten Forderungen acceptiren wird. — In der Frage der durch den Berliner Vertrag stipulirten Zinsgarantie-Zahlung an die Borna-Railway-Company (die

englische Gesellschaft, welche die Linie Rufschat-Barna gebaut hat), hat die bulgarische Regierung eingewilligt, sich der Entscheidung der Botschafter in Konstantinopel zu unterwerfen.

Konstantinopel, 22. Juni. Der französische Vertreter beantwortete das Rundschreiben der Pforte, betreffend die Aufhebung der im Innern der Türkei bestehenden Postämter, bestritt die Seiten der Pforte für die Aufhebung angeführten Ermäßigungen rücksichtlich der öffentlichen Ruhe und Sicherheit und erklärte, er werde den Wunsch der Pforte der französischen Regierung mittheilen, halte aber das Verlangen namentlich einer willkürlichen Abschaffung der Postämter für unannehmbar. Man erwartet, daß die übrigen Botschafter in gleichem Sinne antworten werden.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 21. Juni. Schwurgericht. Bei Einführung des Octroi's in der Stadt Baden wurde seitens der Gemeindeverwaltung dem Schuster Joh. Nepomuk Braunagel von da die Erheberstelle in Baden im Jahre 1873 übertragen; er hatte nach der ihm gewordenen Instruction und nach einem früheren Vertrage vom November 1877 die nach dem bestehenden Tarif eingehenden Gelder einzuziehen, monatlich an die Stadtkasse abzuliefern, über den Einzug ein sog. Manuale und ein Tagebuch zu führen, welche sowohl unter sich, als mit den ausgegebenen Quittungen bezüglich der Art, der Menge der eingeführten Gegenstände, sowie des tarifmäßigen Geldbetrages übereinstimmen sollten.

Braunagel ist nun beschuldigt, von den Geldern, die er in seiner amtlichen Eigenschaft als Octroi-erheber empfangen hatte, in der Zeit von Anfang 1879 bis Ende Januar 1881 in 76 selbständigen Handlungen Beträge in der Gesammtsumme von 103 M. 96 Pf. sich rechtsmüßig angeeignet und in Beziehung auf diese Unterschlagungen die zur Eintragung und Kontrolle der Einnahmen bestimmten Bücher unrichtig geführt zu haben.

Der Angeklagte hat diese Unterschlagungen dadurch bewirkt, daß er zwar in die an die Zahlenden verabsorgten Octroi-Quittungen die octroi-pflichtigen Gegenstände und die tarifmäßigen Gebühren richtig eintrug, die letzteren auch einnahm, dagegen so dann in das Manuale und in die Tagebücher eine geringere Quantität der versteuerten Gegenstände und dem entsprechend auch einen niedrigeren Octroibetrag eintrug und diesen an die Stadtkasse abliefern, das Mehr dagegen zurückbehielt und für sich verwendete. — Braunagel ist der ihm zur Last gelegten Handlungen im Allgemeinen geständig, meint, daß einzelne Einträge nur in Folge eines Verfehls unrichtig gemacht worden seien; auch scheint die Kontrolle seiner Einnahmen und Bücher längere Zeit nur eine unvollständige gewesen zu sein. Als jedoch im Januar d. J. das Verhalten Braunagel's zur Kenntniß des Bürgermeisters gelangte, wurde von dem letzteren sofort eine unvermuthete Kontrolle der an einem bestimmten Tage eingegangenen Gegenstände, ohne Vorwissen des Angeklagten, veranlaßt, welche alsdann die Einleitung der Untersuchung zur Folge hatte, welche die heutige Verhandlung darsetzt, mindestens 76 Fälle fest-

gestellt hat, in welchen sich der Angeklagte der ihm zur Last gelegten Handlungen schuldig machte. Nach Bejahung der Schuldfragen, unter Annahme mildernder Umstände, durch die Geschworenen verurtheilte der Gerichtshof den Angeklagten zu einer Gefängnißstrafe von 11 Monaten, nebst Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf zwei Jahre.

Uns Baden, 23. Juni. In der Sitzung des Bürgerausschusses zu Rastatt am 20. d. M. wurde der Rücktritt von 10 Gemeinderaths-Mitgliedern genehmigt; es sind nunmehr 12 Gemeinderäthe neu zu wählen.

Von den bei Emission von 2 Millionen M. eingelaufenen Zeichnungen auf das Aproz. Anleihen der Stadt Freiburg sollen, wie die „Frk. Bz.“ schreibt, Anmeldungen bis 10,000 M. voll berücksichtigt werden, größere mit 80 Prozent.

Der Gantag der Gewerbevereine des Kreises Mosbach wird am nächsten Sonntag in Eberbach abgehalten.

Brandfälle. In Glashütte bei Kadenbach schlug während eines in der Nacht von Samstag auf Sonntag über den Vogesenwald ziehenden schweren Gewitters der Blitz ein, so daß zwei an einander gebaute Häuser mit Strohdach ganz niederbrannten. Vier arme Familien wurden obdachlos und verloren auch noch einige Stück Vieh. — Ein Brand in Winterspüren bei Stockach zerstörte am 20. d. M. das Wohnhaus des Bened. Moll. — Am 21. d. brannte das Wohnhaus des Waldbüters Joh. Schaffhäuße zu Mainwangen, Amt Stockach, ab. — In Friedenweiler bei Neustadt a. d. Schw. ist in der Nacht vom 21. auf 22. die der fürstl. Standesherrschaft gehörige Mühle nebst Scheune und Stallung niedergebrannt. Ein Pferd und zwei Kühe kamen in den Flammen um.

Bermischte Nachrichten.

— (Erdbeben in Ohio.) Wie man aus Konstantinopel meldet, beträgt die Anzahl der bei dem letzten Erdbeben auf Ohio Verunglückten nach dem Berichte des dortigen Gouvernements: an Todten 3612 und an Verwundeten 1806. Die Ueberlebenden beziffern sich auf 66,573 Seelen.

— Ugram, 22. Juni. (Tel.) Im Laufe der Nacht wurden vier ziemlich heftige Erdstöße verspürt, von unterirdischem Getöse begleitet.

Neueste Telegramme.

Paris, 23. Juni. Eine Note der „Agence Havas“ sagt: Durch die Ernennung Roustan zum offiziellen Vermittler im Verkehr mit fremden Konsula wollte der Bey von Tunis einfach Roustan die Kontrolle erleichtern, welche er gemäß des Vertrags vom 12. Mai d. J. über internationale Akte der tunesischen Regierung auszuüben hat. Eine solche Maßregel konnte aber nicht die Wirkung haben, die Natur der persönlichen Beziehungen des Bays zu den fremden Agenten zu alteriren. Nichts hindere die Agenten, wie bisher Audienzen nachzusuchen und dem Bey Besuche abzustatten, wenn dieser Audienzen gewähre. In dieser Hinsicht sei nichts geändert worden.

Verantwortl. Redacteur: J. B. S. Kettel in Karlsruhe.

Beobachtungen der meteorologischen Station Karlsruhe

Juni	Barom. in mm	Thermom. in C.	Feuchtigkeit in %	Wind.	Witterung.	Bemerkung.
22. Morgs. 9 Uhr	750.8	+24.8	68	NW.	bedeckt	veränderlich.
23. Morgs. 7 Uhr	754.6	+18.6	86	SW.	bedeckt	veränderlich.
„ Morgs. 2 Uhr	754.9	+26.0	55	S.	f. bew.	„

Wasserstand des Rheins.

Max.	Min.	Wasserstand
23. Juni, Morgs.	4.52 m, gef. 6 cm.	Rheinwasserwärme 17 Grad.

Wetterbericht der Seewarte zu Hamburg



Erklärung. Die den Initialen der Städtenamen beigefügten Zahlen geben die Temperaturgrade nach Celsius an; die am Ende der Curven (Isobaren) befindlichen Zahlen bezeichnen den reduirten Barometerstand in Millimeter.

A	H	L	N	T
A Akeröen.	H Hamaröen.	L Leipzig.	N Neufahrwasser.	T Triest.
B Berlin.	Hb Hamburg.	M Müllrothmoor.	P Paris.	W Wien.
Bs Breslau.	Hd Heide.	Me Memel.	Pr Petersburg.	
C Cern.	I Ia Aiz.	Mt München.	S Sinesmünde.	
Ch Christiania.	K Kopenhagen.	Mä Mänschen.	St Stockholm.	
	Kr Karlsruhe.	N Nissa.	Sy Svit.	

● Belegt. ○ Wollig. ○ Halbbedekt. ○ Heiter. ○ Wolklos. * Regen. ≡ Nebel. * Schnee. △ Hagel. * Aliq. Gewitter. * Schwacher Wind. * Mäßiger Wind. * Starker Wind. — Stürmisch. — Sturm. — Orkan.

Heberst der Witterung.

Die Depression lagert heute über Norwegen, ihrem stetigen Fortschreiten nach Nordosten entspricht für ganz Nordwesteuropa ein langsames Umgehen der Winde im Sinne Süd-, West-, Nord- und ein sich ostwärts fortsetzendes Sinken der Temperatur, welches sich heute besonders im Nordseegebiet und westlichen Deutschland bemerkbar macht, während im östlichen Centralearopa noch sehr hohe Temperatur fortbauert. Zwischen Bopponern und Schweiz sind gestern zahlreiche Gewitter mit mäßigen Regenfällen aufgetreten.

Frankfurter telegraphische Kursberichte

dom 23. Juni 1881.

Staatspapiere.	Bahnaktien.
4% D.-R.-Anleihe 102.31	Berg.-Märk. 121.56
4% Preuß. Cons. 102 1/2	Medl. Frd.-Franz. —
4% Baden i. Mart 101.93	Elisabeth-Bahn 180
4% Bayern —	Frz.-Joh.-Bahn 163 1/2
4% Oest. Goldrente 82 1/2	Galizier 281 1/2
4 1/2% „ Silber. 67 1/2	Lombarden 110 1/2
4 1/2% „ Papierrente	Nordwestbahn 189 1/2
(Mai-Nov.) 67.31	Staatsbahn 317
6% Ungar. Goldr. 102 1/2	
5% Russ. Obl. 1877 92	Prioritäten.
5% „ Orientanleihe	Nordwest. Lit. A. 90 1/2
II Em. 58 1/2	Gotthardbahn 99.68
6% Amerika. 1881 80	5% Oest. Südbahn 100.62
5% „ (Conf.) 101 1/2	5% D. F.-St.-B. 57 1/2
	5% „ „ 105 1/2
	5% „ „ 78 1/2
Banken.	Loose, Wechsel und Sorten.
Deutsche Reichsb. 149 1/2	5% Oest. Pos. 1860 128 1/2
Basler Banker. 182 1/2	5% Oest. Pos. 1860 238.20
Oest. Kreditaktien 309 1/2	Darmstädter Bank 169
Darmstädter Bank 169	Wechsel a. Amst. 169.30
Deut. Effkt.-u. W. 186 1/2	„ „ Lond. 20.50
Bank 186 1/2	„ „ Paris 81.07
Deut. Handelsgef. 56	„ „ Wien 174.90
Disco. Command. 225.87	Napoleons. 16.23—27 1/2
Reininger Bank 100%	Schaffh. Banker. 87%
Schaffh. Banker. 87%	Tendenz: matt.
	Berlin.
	Deut. Kreditaktien 625.50
	„ Staatsb. 643.—
	Lombarden 221.50
	Disco. Command. 226.20
	Reichsbant 110.90
	Laurahütte 158.50
	N. Ober-Werf. 158.50
	Tendenz: fest.
	Wien.
	Kreditaktien 355.40
	Lombarden —
	Anglobant 149.70
	Disco. Command. 226.20
	Napoleons' or 9.29 1/2
	Tendenz: fest.

Karlsruher Staudesbuch-Auszüge.

Geburten. 19. Juni. Friedr. Wilhelm, B.: Karl Klener, Aufseher. — 21. Juni. Adelheid, B.: Joh. Birmelin, Revident. — Anna Amalie Marg., B.: Otto Mayer, Kaufmann. — 22. Juni. Emil, B.: Seb. Reinfurth, Zimmermann. — Frieda Marie Jakobine, B.: Franz Frisch, Schneider.

Todesfälle. 21. Juni. Luise, 13 J., B.: Müller, Kaufmann. — 22. Juni. Albert, 1 M. 1 T., B.: Seig, Chirurg. — Hugo, 3 M. 4 T., B.: V. Wolff, Kaufmann. — 23. Joh. Dchs, Chem., Gas- und Wasserleitungs-In stallateur. 52 J.

Baden, 22. Juni. Johanna Degler, geb. Wäldel. — Bretten, 21. Juni. Sofie Weitenheimer (gest. in Freiburg). — Eberbach, 21. Juni. Friederike Wals, geb. Weidenhammer, 67 J. — Freiburg, 21. Juni. Sofie Langer, 54 J. — Schiltach, 21. Juni. Christian Lehmann, Stadtrechner. — Weinheim, 20. Juni. Anna M. Ebert, geb. Wegel.

